

BEZIRKSVERSAMMLUNG BERGEDORF

Drucksache XIX/000
xx. Mai 2011

Anfrage

nach § 27 Bezirksverwaltungsgesetz

öffentlich

der BAbg. Penz, Mohnike, Eichner und Fraktion der FDP/Piraten

Betreff: Wohnungsbauvertrag der Bezirke vom 13.05.2011

Sachverhalt/Fragen

Sehr kurzfristig hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die sieben Bezirksamtsleiter am 13.05.2011 eingeladen um in einem Gespräch über die zu vereinbarenden Verträge zu Wohnungsbauvorhaben in den Bezirken zu beschließen.

Auch wenn vertraglich festgelegt ist, die Einbindung der Bürger durch Informationsveranstaltungen und Runde Tische zu gewährleisten, werden Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung und Transparenz offensichtlich erheblich beschnitten.

Der Bezirk Bergedorf hat sich vertraglich angeblich verpflichtet jährlich 600 Wohnungen zu bauen. Weiterhin sollen sogenannte Erfolgsberichte abzuliefern sein und es muss noch 2011 ein Programm vorgelegt werden.

Es ist uns unbegreiflich, dass diese Verpflichtung nicht umgehend den Fraktionen zur Kenntnisnahme zugeleitet wurde und dass es bisher keine Aufforderung zur Mitarbeit gab.

Generell unterstützen wir die Ziele des Hamburger Senates, den Wohnungsbau voranzutreiben. Die bisher gezeigt Vorgehensweise des Bezirksamtes produziert allerdings nur Fragezeichen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wieso wurde die Bezirksversammlung nicht über dieses Treffen in Kenntnis gesetzt?
2. Wann erhält die Bezirksversammlung den Vertragstext?
3. Wie stellt sich die Bezirksamtsleitung die Zusammenarbeit mit der Bezirksversammlung vor?
4. Welche Absprachen gibt es bereits zwischen Verwaltung und Wohnungsbauunternehmen im Bezirk?